

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 083-2015
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.301

Eingereicht am: 16.03.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Lanz (Thun, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 7

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 19.03.2015

RRB-Nr.: vom
Direktion: Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Standortvorteil für den Kanton Bern: Dauer für sämtliche Verfahren verkürzen

Damit die durchschnittliche Verfahrensdauer sämtlicher Verfahren (Verwaltungs-, Verwaltungsjustiz- und Gerichtsverfahren) verkürzt werden kann, wird der Regierungsrat beauftragt,

1. betroffene Kreise (Justizleitung, Mitarbeitende der Verwaltung und der Justiz, Anwaltschaft, Wirtschaftsverbände etc.) anzuhören und diese einzuladen, aufgrund eigener Erfahrungen konkrete Vorschläge für eine Beschleunigung der Verfahren zu machen
2. dem Grossen Rat über die eingegangenen Vorschläge Bericht zu erstatten
3. Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung im eigenen Zuständigkeitsbereich sofort zu ergreifen
4. dem Grossen Rat Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung in dessen Zuständigkeit zum Beschluss vorzulegen

Begründung:

Der Kanton Bern steht in einem Standortwettbewerb. Etliche Faktoren wie etwa die geografische Lage oder das währungspolitische Umfeld lassen sich durch den Kanton nicht verändern. Umso

stärker muss das Gewicht auf Massnahmen gelegt werden, die der Kanton tatsächlich beeinflussen kann.

Von Betroffenen wird immer wieder – zuletzt am Politforum in Thun zum Thema Raumplanung – geltend gemacht, die Verfahren im Kanton Bern dauerten zu lange. Dies führt z. B. dazu, dass ausführungsfähige Projekte, die für den Kanton insgesamt vorteilhaft wären, lange blockiert werden. Gerade in der Raumplanung (Stichwort Siedlungsentwicklung nach innen) oder im Energiebereich (Stichworte erneuerbare Energien, Windparks), aber auch generell für die wirtschaftliche Entwicklung ist dies nachteilig. Lange Verfahren beeinträchtigen zudem die Rechtssicherheit, was namentlich für die Wirtschaft negativ ist. Auch die Bürgerinnen und Bürger haben Interesse an möglichst raschen Entscheiden der Behörden, insbesondere auch der Zivil- und Strafjustiz.

Der Regierungsrat wird deshalb aufgefordert, in einem ersten Schritt betroffene Kreise anzuhören und diese einzuladen, aufgrund eigener Erfahrungen konkrete Vorschläge für eine Beschleunigung der Verfahren zu machen. Die Vorschläge sind alsdann auszuwerten und dem Grossen Rat darüber Bericht zu erstatten. Massnahmen im eigenen Kompetenzbereich zur Beschleunigung von Verfahren kann der Regierungsrat sodann sofort selber ergreifen, solche im Zuständigkeitsbereich des Grossen Rates sind diesem vorzulegen. Ziel soll es sein, die durchschnittliche Verfahrensdauer sämtlicher Verfahren zu verkürzen. Dabei soll der Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben.

Der Vollständigkeit halber wird darauf hingewiesen, dass dem Motionär durchaus positive Beispiele für rasche und zielführende Verfahren im Kanton Bern bekannt sind. Der vorliegende Vorstoss zielt gerade darauf ab, solche positive Beispiele zu verallgemeinern und für alle Verfahrensarten fruchtbar zu machen. Der Kanton Bern soll mittel- und langfristig als Kanton mit besonders raschen, effizienten und bürgerfreundlichen Verfahren in allen Bereichen bekannt sein.

Begründung der Dringlichkeit: Die Anhörung betroffener Kreise sollte möglichst rasch erfolgen, damit die Ergebnisse in die hängige Revision des Baugesetzes einfließen können.